



«Wir müssen zusammenstehen»

Nach der Abstimmung zu Wil West blieb es an der Delegiertenversammlung des St. Galler Bauernverbands in Benken überraschend ruhig. Stattdessen standen am 25. März andere politische Geschäfte, die PFAS-Problematik und tierische Herausforderungen im Zentrum.

Text und Bild: Melanie Graf, Redaktion

Nach der emotional geführten Abstimmung zu Wil West am 8. März hätte man an der Delegiertenversammlung des St. Galler Bauernverbands (SGBV) hitzige Diskussionen erwarten können. Umso überraschender war es, dass das Thema an der Versammlung weitgehend aussen vor blieb. In der allgemeinen Umfrage gab es dazu nur ein einziges Votum. Ein Gegner der Vorlage blickte auf den Abstimmungskampf zurück und sagte: «Ich hoffe, dass die Landwirtschaft künftig wieder geschlossen auftreten kann.»

«Uns war bewusst, dass die Stimmfreigabe für viele ein anspruchsvoller Entscheid war», sagte Ruedi Thomann, seit einem Jahr Präsident des SGBV, vorgängig in seiner ersten Eröffnungsrede vor 247 Delegierten und zahlreichen Gästen aus Politik, Wirtschaft und Branche. «Die Intensität der Diskussionen und die teilweise heftigen Reaktionen haben gezeigt, wie tief dieses Thema reichte.» Gerade solche Situationen machten sichtbar, wie wertvoll und wie verletzlich der Zusammenhalt der Landwirtschaft sei.

«Wir müssen uns deshalb in Erinnerung rufen, was unseren Verband seit jeher stark macht: unsere Über-



247 Delegierte und zahlreiche Gäste kamen an die Versammlung des St. Galler Bauernverbands nach Benken.

Bilder: Svenja Seelhofer, SGBV

parteilichkeit.» Sie sei eine strategische Notwendigkeit für die politische Handlungsfähigkeit der Landwirtschaft. «Nur wenn wir Vertreterinnen und Vertreter aus unserer Branche in allen Fraktionen der kantonalen und nationalen Parlamente haben, können wir Mehrheiten gewinnen», so der Präsident. Darauf sei man angewiesen.

«Klare Lehren ziehen»

Mit Blick auf das kommende Jahr sei es entscheidend, dass man aus der jüngsten Abstimmung klare Lehren ziehe, sagte Thomann. «Wir müssen zusammenstehen. Die Herausforderungen, die 2026 auf uns

zukommen, werden nicht kleiner.» Nur im Schulterschluss könne man erreichen, dass die Betriebe auch künftig erfolgreich wirtschaften könnten. «Die jüngsten Sparrunden des Bundes haben das eindrücklich gezeigt.» Der Bund wollte bei der Landwirtschaft rund 259 Millionen Franken sparen, das hätte für die einzelnen Betriebe Einbussen von über 5000 Franken jährlich bedeutet. Das Parlament verhinderte die Sparmassnahmen weitgehend.

«In diesem Jahr wartet bereits die nächste grosse Abstimmung: die Vegan-Initiative», so der SGBV-Präsident. Die Volksinitiative «Für eine sichere Ernährung – durch Stärkung

Gewinn für den Verband

Abseits des politischen Parketts blickt der Verband auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr zurück. Es konnte ein überdurchschnittlicher Gewinn ausgewiesen werden. Unter anderem dank einer starken Zunahme an Versicherten in der Grundversicherung der Agrisano. Der Verband hat nicht zum Ziel, ein grösseres Vermögen aufzubauen. Geschäftsführer Hansruedi Thoma führte aus, dass der Verband den erzielten Gewinn sorgfältig prüft und über die künftige Ausgestaltung der Mitgliederbeiträge befinden wird.

pd.

einer nachhaltigen inländischen Produktion, mehr pflanzliche Lebensmittel und sauberes Trinkwasser», wie sie offiziell heisst, zielt darauf ab, den Selbstversorgungsgrad der Schweiz von derzeit etwa 50 auf 70 Prozent zu erhöhen und die Ernährung stärker auf pflanzliche Produkte auszurichten.

In der grossen wie auch der kleinen Kammer des Parlaments stiess die Initiative ohne eine einzige Gegenstimme auf Ablehnung.

Den «letzten Cervelat» braten

Auch Markus Ritter, Nationalrat und Präsident des Schweizer Bauernverbands, blickte auf die Abstimmung im September. Der Abstimmungskampf müsse seriös geführt werden, betonte er. Man wolle mit mindestens 70 Prozent Nein-Stimmen hoch gewinnen. Aufmerksamkeit schaffen soll unter anderem eine landesweite Aktion: Am 26. August soll symbolisch «der letzte Cervelat» gebraten werden. Damit wolle man auf die Folgen einer Annahme der Initiative aufmerksam machen.

Gleichzeitig sieht Ritter in der Vorlage auch eine Chance, die Bedeutung einer produzierenden und tierhaltenden Landwirtschaft hervorzuheben und Forderungen für

die Agrarpolitik (AP) 2030 zu platzieren.

Die AP 2030 bezeichnete Markus Ritter als zentral für die Zukunft der Branche. Sie geht im September in Vernehmlassung und soll ab 2030 für zwölf Jahre gelten. Ziel seien unter anderem mehr Produktion, höhere Wertschöpfung und bessere Einkommen.

Entscheidend dafür seien auch politische Mehrheiten. Mit Blick auf die nationalen Wahlen 2027 rief Ritter dazu auf, zusätzliche Sitze im Parlament zu gewinnen.

Neben der AP 2030 sprach er weitere aktuelle Herausforderungen an, darunter das geplante Mercosur-Abkommen, die tiefen Milchpreise und die PFAS-Problematik.

Dauerbrennerthema PFAS

Beat Tinner, Regierungsratspräsident und Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, erwähnte die PFAS-Problematik bereits zuvor in seinem Grusswort.

Man habe verschiedene Forschungsprojekte gestartet. «Die Landwirtschaft wird von den Resultaten dieser Forschungsprojekte profitieren können», zeigte er sich überzeugt. Ausserdem habe man mit den Nachbarkantonen und dem Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) ein Res-

ourcenprojekt gestartet, mit dem die Betroffenen zusätzlich unterstützt werden können.

«Die Regierung spürt aber auch einen grossen Druck, die geltenden Grenzwerte bei Lebensmitteln durchzusetzen.» Die Umsetzung sei jedoch nicht einfach. Die Grenzwerte gälten bereits und müssten seit August 2024 angewendet werden. Tinner kündigte an: «Der Bund hat vor, eine Weisung in Kraft zu setzen, die eine einheitliche Handhabung in den Kantonen vorsieht. Die Regierung wird demnächst weitere Schritte einleiten müssen.»

Die Chemikalien gelangten seinerzeit durch industrielle Abwässer, den Einsatz von Feuerlöschschäumen bei Übungen und Klärschlamm-Ausbringung als Dünger in die Böden und somit auch in tierische Lebensmittel.

«Ich erinnere mich, wie der Kanton St.Gallen «Klärschlammberatungen» durchgeführt und sogar den Transport bezahlt hat, damit die Bauern den Klärschlamm auf die Felder ausbringen», sagte Markus Ritter zum Thema. Heute drohten Betriebe wegen PFAS-Grenzwerten in Schwierigkeiten zu geraten. Der Ständerat habe deshalb eine Motion verabschiedet. Sie soll betroffene Bauern entlasten und



SGBV-Präsident Ruedi Thomann plädierte für einen Schulterchluss in der Landwirtschaft.



Markus Ritter, Präsident des Schweizer Bauernverbands, sprach unter anderem über die Agrarpolitik und PFAS.

setzt statt auf strenge Verbote auf pragmatische Lösungen.

Ritter forderte, dass die Kantone vorerst «die Füsse stillhalten», bis der Bund einheitliche Vorgaben erlässt. Ein unkoordiniertes Vorgehen würde der Landwirtschaft schaden. Aus dem Publikum gab es eine kritische Stimme zum Thema. Der Votant sieht die Windräder als PFAS-Quellen. Die kunststoffbeschichteten Rotoren würden PFAS beinhalten. Durch den Abrieb würden die Ewigkeitschemikalien auf die Felder verteilt. Er verlangte, dass der Bauernverband diese Problematik abklärt und Stellung bezieht. Markus Ritter nahm das Votum zur Kenntnis und kündigte an, die Frage prüfen zu lassen.

Tierische Herausforderungen

Nach der Präsentation von Fabian Brühwiler, der als Geschäftsführer des Maschinenrings Ostschweiz die Tätigkeiten des Unternehmens vorstellte, hatten die Delegierten das Wort. Wil West spielte an der Versammlung kaum mehr eine Rolle. Stattdessen rückte der Biber in den Fokus.

Ein Vertreter der Melioration Saarebene berichtete von Schäden und zusätzlichem Aufwand. «Wir sind nicht gegen Biodiversität. Aber wir müssen wissen, wie wir mit dem Biber umgehen sollen», sagte er. Bisher hätten sie die Kosten selbst getragen.

Beat Tinner verwies darauf, dass das Jagdgesetz derzeit überarbeitet wird. Noch in diesem Jahr läuft der politische Prozess, ab dem nächsten Jahr könnte es finanzielle Unterstützung geben. Ein weiterer Votant meldete sich zu Wort und verwies auf einen Entwässerungsgraben beim Golfplatz in Gams. Dort sei in diesem Frühling mit Bewilligung des Wildhüters ein Biber entnommen worden. Er appellierte an die Regierung, dass die Gesetze für alle gleich angewendet werden sollten. Ein anderer Delegierter warnte davor, eigenmächtig Biberdämme zu entfernen: «Ihr macht euch strafbar.» Auch Wolf und Hirsch wurden in einem kurzen Votum angesprochen. «Diese Probleme müssen gelöst werden», sagte der Delegierte. «So kann es nicht weitergehen.»

Gemütlicher Teil

Damit waren die wichtigsten Punkte angesprochen. Die Diskussion verlagerte sich anschliessend in die Gespräche abseits der offiziellen Traktanden. Beim Mittagessen und in Gesprächen untereinander und an der «Puurebar» standen neben politischen Themen auch die Herausforderungen im Betriebsalltag im Zentrum.

Bilder von der DV sind auf www.stgallerbauer.ch/veranstaltungen/bilder-dv-sgbv-2026 zu finden oder über den QR-Code.



Auch für den persönlichen Austausch bot die Versammlung Raum.

NOTIZ

Einjähriges Berufkraut – harmlos? Laut der «Aargauer Zeitung online» stellt eine neue Studie die bisherige Einschätzung des einjährigen Berufkrauts als ernsthafte Gefahr für die Artenvielfalt infrage. Obwohl die aus Nordamerika eingeführte Pflanze in der Schweiz stark bekämpft wird und als invasiv gilt, fanden Forschende der ZHAW auf untersuchten Wiesen keinen Zusammenhang zwischen ihrem Vorkommen und der lokalen Pflanzenvielfalt. Frühere Studien kamen zu ähnlichen Ergebnissen, weshalb die Autoren grundsätzlich hinterfragen, wie invasive Arten eingestuft werden, und stärker evidenzbasierte Kriterien fordern. Fachleute von Infoflora widersprechen jedoch: Die Studie sei methodisch unzureichend, zu kleinräumig und zu kurzfristig angelegt. Zudem berücksichtige sie nicht die negativen Auswirkungen auf die Landwirtschaft, wo das Berufkraut nachweislich Probleme verursacht. Eine abschliessende Neubewertung der Pflanze steht noch aus, da weitere, langfristige Untersuchungen nötig sind. *pd.*

Linthwerk trifft Massnahmen gegen Quaggamuschel. Auf dem Linthkanal werden auch in diesem Jahr keine Motorschiffahrten bewilligt. Damit will das Linthwerk eine Ausbreitung der invasiven Muschelart sowie weiterer invasiver Wasserorganismen verhindern. Im Rahmen der neuen Schiffsmelde- und -reinigungspflicht der Kantone wird der Linthkanal zudem teils dem Zürichsee, teils dem Walensee zugeteilt. Die Grenze befindet sich in Ziegelbrücke. *pd.*